

Eine Schicksalsfrage.

Von

Emil Ludwig,

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

Wien, Mitte Dezember.

In Deutschland wurden Stimmen laut, die fürnten oder klagten, am Ende könnte vielleicht Oesterreich durch Polen einen bedeutenden Zuwachs erhalten, Deutschland aber, das doch die zahlenmäßige Hauptlast des gemeinsamen Krieges getragen, ohne oder nur mit einem geringen Gewinn an Territorium in den Frieden treten. Dies ist ein Trugschluß, und ihn zu entkräften ist jetzt wohl schon die Zeit, da die sogenannte österreichische Lösung der Polenfrage sich immer greifbarer aus allen Plänen hebt und hier wie in Berlin zur Zeit als die wahrscheinliche gilt. Und wirklich darf man sie — wenn nun überhaupt einmal ein selbständiges Polen geschaffen werden soll — die beste, keineswegs aber eine gute Lösung heißen. Gut ist sie nur für Polen, schlecht für uns, und für die Oesterreicher scheint sie gefährlich. Doch sie dennoch von Oesterreich nicht anders gefunden werden kann, daß man sie vielleicht hinnehmen müßte, mit den Gefahren, die sie birgt, macht sie zu einer Schicksalsfrage: man kann ihr nach österreichischer Auffassung eben nicht entrinnen.

Im Grunde klingt es paradox: eine Dynastie, die um dieser oder jener, keinesfalls aber um polnischer Dinge willen in den Krieg ging, soll am Ende grade dieses Land sehr unverhofft erwerben und, indem sie den Glanz ihrer Krone vermehrt, die Geschlossenheit ihres alten Reiches erschüttern. Ein im Beginn sozusagen neutraler Staat — könnte man formulieren — wird freiwillig der Kompromiß für ein Reich, das er zugleich um ein Stück kürzer macht.

Denn Polen, wofern es als ein Königreich mit Habsburgs Ländern durch Personalunion verbunden werden sollte, würde Habsburgs ältestes Land ein Drittel seines Umfangs kosten. Als vor zwei Jahren Polen den Oesterreichern unter billigen Voraussetzungen angetragen wurde, aber durch die unverständlichen Bedingungen des damaligen Außenministers ihnen verloren ging und als drei Völker zugleich verstimmt wurden, bestand für Oesterreich noch eine Möglichkeit, Polen mit der Monarchie zu vereinigen. Als ein Jahr später jenes unglückliche Manifest vom 5. November ein selbständiges Königreich proklamierte, sollte die Autonomie Galiziens den acht Millionen österreichischen Polen eine Art Entschädigung dafür bieten, daß sie von ihren Brüdern abgetrennt bleiben müßten, und Körber, der diese Manifeste in den ersten Tagen seiner Ministerschaft vorband und, nur sehr ungern, unterschreiben mußte, krachte durch Einfügung eines einzigen Wortes die fatale Autonomie aufzuschieben. Inzwischen sind die zentrifugalen Kräfte Galiziens so sehr gewachsen, daß es hier niemand mehr auf sich nehmen würde, eine Trennung aufs neue vorzuschlagen, und wer sich jene leidenschaftliche Iridentia vorstellt, die schon zu russischen Zeiten stark genug, nun vollends alle Kräfte nach der neuerstehenden Heimat ziehen müßte, der gibt am Ende einer offenen und noch rechtzeitigen Korrektur des Irrtums den Vorzug vor einem irreparablen Faktum.

Habsburg soll — wenn jener Gedanke verwirklicht werden sollte — Polen gewinnen, Oesterreich aber Galizien verlieren, und Ungarn scheint, auch nach den doppelstimmigen Worten des Grafen Tisza, entschlossen, dieser Erschütterung des reinen Dualismus nicht ruhig zuzusehen. Was aber ist Galizien? Galizien ist an Land und an Bevölkerung, ein Drittel von Oesterreich, es bedeutet die Hälfte aller Hülsenfrüchte, ferner Salz, Kali, Kohle, Petroleum, und während es jahrelang von den Deutschen im Reichsrat als „passive Provinz“ verspottet wurde, die nur immer Geld kostete, während es, nach einem Wiener Witzwort aus dem Beginn des Krieges, zur Strafe dem Besiegten zufallen sollte, hat man es nun wirtschaftlich als Oesterreichs größte Reserve, zugleich militärisch als Oesterreichs stärkstes Glacis erkannt.

Man soll in diesen Zeiten die innerpolitischen Verhältnisse beim Bundesgenossen nicht aufzählen, zumal nicht in der Sprache der Mitschuld tragenden Nation. Gewiß ist, daß die Deutschen mit ihrer Additionspolitik, mit ihrer Stimmzählmaschine es den Polen mindestens sehr leicht gemacht haben, ihren innigen Wunsch zum Austritt aus der Monarchie mit der Gewähr des Beleidigten zu veredeln. Und doch ist jene deutsche Mehrheit, um denentwillen die Deutschen den Austritt der Polen fordern, sehr ungewiß und, kommt sie wirklich, sehr klein. Statt mit den anderen deutschen Parteien den Block zu bilden, dem man im Sommer sich ewige Augenblicke näherte, geht die größte Partei, der deutsche National-

Einbarung mit Rußland. Denn ein Polen, das weder in Rußland noch in Deutschland und Oesterreich-Lungarn eine Stütze für eine unerhörte Politik findet, muß ruhig bleiben und sich mit jener friedlichen Entwicklung begnügen, die wir ihm alle wünschener. Ein Polen aber, das dauernd zwei Stufen und von Parteien dauernd gegeneinander auszuspielen und wird auf diese Weise niemals ein sicheres Mittelglied des mittlereuropäischen Staatengefüges werden. Auf diese Weise hängt auch mittelbar die Zukunft Oesterreich-Lungarns von der Lösung der polnischen Frage ab. Hier wie dort bedarf es der ruhigen und ernstlichen Arbeit und der sorgfältigsten für eine friedliche politische und wirtschaftliche Entwicklung.